

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Julika Sandt

Abg. Klaus Adelt

Abg. Andreas Schalk

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Martin Hagen

Abg. Johann Häusler

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Uli Henkel

Abg. Michael Busch

Abg. Raimund Swoboda

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
zur Regelung der Ladenöffnungszeiten im Freistaat Bayern (Bayerisches Ladenöffnungszeitengesetz - BayLözG) (Drs. 18/1823)**

- Zweite Lesung -

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 34 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Bevor ich die Aussprache eröffne, teile ich Ihnen mit, dass die FDP-Fraktion namentliche Abstimmung über den Gesetzentwurf beantragt. – Ich erteile nun der Kollegin Julika Sandt für die FDP-Fraktion das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe es heute früh nicht mehr geschafft einzukaufen. Für mich ist das kein großes Problem. Wir sind zwar heute lange hier und morgen auch sehr lange, aber in München hat sich eine große Supermarktkette mit einem Bringservice zusammengeslossen. Bei dem können Sie bis 24 Uhr bestellen. Pech für alle, die nicht in München wohnen. Bis 23 Uhr kann man auch am Hauptbahnhof einkaufen. Dort gibt es alles für den Reisebedarf, also für den sofortigen Verzehr, zum Beispiel Zwiebeln, rohe Kartoffeln, rohes Fleisch, Auberginen, Kürbisse.

Diese Lieferdienste lohnen sich nur für große Supermarktketten, und einen Laden am Hauptbahnhof kann sich in der Regel auch nur eine große Supermarktkette leisten. Pech für den kleinen Gemüsehändler an der Ecke, bei dem ich vielleicht gerne abends noch einkaufen würde, der aber leider nicht mal eben abends seinen Laden aufsperran darf.

(Beifall bei der FDP – Tobias Reiß (CSU): Weil er keinen Mitarbeiter dafür hat!)

Pech für alle Bürger, die keinen Hauptbahnhof in der Nähe haben; Pech für alle, die nicht in München wohnen.

(Tobias Reiß (CSU): Es gibt kein größeres Glück, als in München zu wohnen!)

Pech vor allem für kleine selbstständige Unternehmer; Pech auch für Verkäuferinnen, weil längere Ladenöffnungszeiten dafür sorgen, dass mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die aktuelle Gesetzeslage führt zu vielen Paradoxa. Das Gesetz schränkt vor allen Dingen Verbraucher unnötig ein. Wieso darf ich als Verbraucher die Wurst um 22 Uhr an der Tankstelle kaufen? Große Supermarkketten haben zum Teil auch Lebensmittelautomaten oder sind eben am Hauptbahnhof. Das schränkt uns als Verbraucher unnötig ein und führt zu sehr langen Anfahrtswegen.

Gerade in Zeiten der Rationalisierung und Automatisierung bei den großen Handelsketten und gerade aufgrund der Verlagerung auf den Online-Handel ist es schon auch wichtig, dass wir Arbeitsplätze im Einzelhandel erhalten. Diese Arbeitsplätze werden durch längere Öffnungszeiten natürlich mehr. Der Arbeitsschutz ist ja geregelt; wir haben Arbeitsschutzgesetze. Daran ändert auch ein Ladenöffnungsgesetz nichts. Für Arbeitnehmer gibt es sehr genaue Arbeitsschutzgesetze. Das ist alles geregelt, das ist sicher. Vor allen Dingen wollen viele ja auch vom Nacht- oder Sonntagszuschlag profitieren. In unserem Fall, bei dem Gesetz heute, geht es vor allen Dingen um Nachtschläge. Wieso dürfen gerade Verkäufer das nicht? Wieso werden sie daran gehindert? Wieso gilt übrigens der von Ihnen so hochgehaltene Schutz eigentlich nicht für Tankwarte, Baristi, Barkeeper, Köche und vor allen Dingen auch für diejenigen, die die von Ihnen bestellten Lebensmittel liefern?

(Beifall bei der FDP)

Klar muss man nicht nach 20 Uhr arbeiten und einkaufen. Man muss auch nicht nach 20 Uhr essen gehen. Was ist denn mit dem Kellner und der Kellnerin, die nach 20 Uhr

arbeiten? Sie lassen sich sicher gerne von ihnen bedienen. Ich werde morgen schauen, wer am Abend noch nach 20 Uhr in der Gaststätte sitzt und überhaupt kein Problem mit dem Arbeitnehmerschutz hat. Sie hätten Ihre Sachen auch vorher während des Tages einkaufen können.

Bayern will doch sonst immer Vorreiter sein. Beim Ladenschlussgesetz befindet sich der Freistaat aber auch Ihretwegen immer noch zwischen den Jahren 1996 und 2003. Seitdem sind die Regelungen zementiert, obwohl sich in der Lebenswirklichkeit wahn-sinnig viel verändert hat. Diese Ladungsöffnungszeiten sind auch eher für ein klassi-sches Familienrollenbild geschaffen, demzufolge die Frau nachmittags einkaufen konnte. Auch das entspricht nicht mehr der Lebenswirklichkeit.

Bayern ist das einzige Land ohne Ladenöffnungsgesetz. Vor allen Dingen bedeutet ein liberales Ladenöffnungsgesetz nicht, dass alle Läden rund um die Uhr geöffnet haben. In unseren Nachbarbundesländern Baden-Württemberg und Hessen hat sich das sehr gut eingespielt. Dort richten sich die Ladenöffnungszeiten tatsächlich am Bedarf der Kunden aus, am Bedarf der Menschen, die arbeiten, am Bedarf der Familien, am Bedarf der Alleinerziehenden, die sich ihre Zeit frei einteilen wollen. Ich weiß, wovon ich rede.

Gerade in anderen Ländern, in denen ein anderer Ladenschluss gilt, profitieren die kleinen, inhabergeführten Läden ganz besonders, und eben nicht unbedingt die Gro-ßen. Es sind gerade die Kleinen, die sich dadurch Vorteile verschaffen.

(Beifall bei der FDP)

Hören Sie auf, die Kunden zu bevormunden. Überlassen Sie ihnen die Entscheidung darüber, wann und wo sie einkaufen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Frau Abgeordnete Sandt, ich würde Sie bitten, noch einmal zum Rednerpult zu kommen. Wir haben eine Zwischenbemerkung.

Klaus Adelt (SPD): Frau Kollegin Sandt, ich habe eine Frage: Wie stellen Sie sich das im Lebensmitteleinzelhandel bei kleinen Betrieben, bei kleinen Läden, die inhabergeführt sind, vor? Heißt das für Sie, dass in Dorfläden oder in kleineren Läden der Inhaber den Laden nachts bis 23 Uhr geöffnet haben soll, um ihn am Morgen in der Früh um 6 Uhr wieder aufzumachen? Wie stellen Sie sich das im Wettbewerb vor? Das würde mich interessieren. Vor allen Dingen müssen Sie erst einmal jemanden finden, der das auf Dauer macht.

Julika Sandt (FDP): Wir wollen, dass gerade niemand vorschreibt, was jemand zu tun und zu lassen hat. Jemand kann aber vielleicht einen Teilzeitjob irgendwo anders haben und abends dann, wenn der Supermarkt geschlossen hat, noch irgendwo einen Laden aufmachen wollen und dadurch einen Vorteil erzielen. Er kann sich seine Zeiten wirklich komplett frei einteilen.

(Tobias Reiß (CSU): Die haben doch überhaupt keine Chance im Wettbewerb!
Wo soll der Kleine eine Chance haben? Das ist doch naiv! Das ist maximal naiv!)

Er wird eben nicht von der Politik, von uns bevormundet. In allen anderen Bundesländern läuft dies doch. Es ist naiv oder selbstgefällig zu behaupten, das ginge dort nicht.

(Tobias Reiß (CSU): Eure Argumentation ist selbstgefällig gegenüber den kleinen Einzelhändlern!)

Sie sehen doch, dass es überall sonst läuft und dass gerade die kleinen Läden oft davon profitieren, weil sie in ihrer Zeiteinteilung sehr viel freier sind. Sie dürfen – das ist das, was wir wollen. Sie dürfen!

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Andreas Schalk für die CSU-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Andreas Schalk (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben über den Gesetzentwurf in Erster Lesung im Plenum und in diversen Ausschusssitzungen diskutiert. Bis auf die FDP haben diesen Gesetzentwurf alle Fraktionen abgelehnt. Dazu sind im Grunde auch alle Argumente ausgetauscht. Insofern werde ich mich auf einige wesentliche Aspekte beschränken.

Die FDP will eine Aufhebung der Ladenschlusszeiten, also mögliche Öffnungszeiten von 0 bis 24 Uhr. Begründet wird das immer wieder – auch in den Diskussionen, die wir in den letzten Wochen und Monaten geführt haben – mit dem Internet. Dieses sei 24 Stunden und 365 Tage im Jahr "geöffnet", und man könne deswegen den Geschäften die gleiche Freiheit geben. Aus meiner Sicht ist das nach wie vor kein gutes Argument. Oft sind es nämlich auch Bequemlichkeit und die vor Ort fehlende Einkaufsmöglichkeit, die Menschen dazu bewegt, im Internet zu bestellen. Dieses Kaufverhalten wird man nicht wesentlich verändern, wenn Öffnungszeiten rund um die Uhr ermöglicht werden.

(Beifall bei der CSU)

Auch durch Ihre ständige Betonung, dass keiner gezwungen ist, sein Geschäft zu öffnen – Frau Kollegin Sandt hat dies gerade auch getan –, wird das Argument nicht richtiger. Der Konkurrenzdruck wird viele Geschäfte dazu zwingen, länger zu öffnen. In der Folge bedeutet dies, dass es mehr Personal braucht; das bedeutet höhere Kosten. Die kleinen Geschäfte, den Mittelstand wird dies dann besonders hart treffen, viele inhabergeführte Geschäfte, in denen der Besitzer oft zulasten der eigenen Gesundheit, zulasten der eigenen Familie häufig selber im Geschäft steht, weil er dann entweder Probleme hat, Personal zu finden, oder weil es schlicht und einfach nicht bezahlbar ist, Personal anzustellen. Diese Besitzer werden sich noch mehr aufarbeiten und am

Ende des Tages ihr Geschäft möglicherweise zumachen. Das kann nicht in unserem Sinne sein.

(Beifall bei der CSU)

Im Preiskampf mit Internet und mit großen Ketten können viele kleine und mittelständische Unternehmen nur durch Qualität in Service und Beratung mithalten. Dafür braucht es Fachpersonal. Dieses Fachpersonal bekommen diese Geschäfte nicht. Insofern würde eine solche Regelung bedeuten, dass diese Geschäfte aufgrund des Konkurrenzdrucks auf lange Sicht Existenzprobleme bekämen.

(Beifall bei der CSU)

Noch dazu sprechen wir ja jetzt schon vom Fachkräftemangel. Dieser würde sich – ich habe es gerade schon betont – noch verstärken.

Es wird auch nicht mehr Umsatz geben. Auch das ist ein Schlagwort, das oft gebracht wird: Die Geschäfte hätten dann Umsatzchance. Vielleicht wird es Verlagerungen geben. Es wird Verlagerungen hinsichtlich der Einkaufszeit und auch Verlagerungen zwischen den verschiedenen Unternehmensgrößen geben, weg vom Mittelstand hin zu den großen Ketten, die diese Öffnungszeiten anbieten können. Damit wird dieser Gesetzentwurf der FDP zu einem Gesetzentwurf für die großen Geschäfte, für die Ketten, für die Discounter.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

– Das gefällt Ihnen nicht; das ist schon klar; denn Sie hören nicht gerne, dass Sie eigentlich Politik gegen den Mittelstand machen. Mit diesem Gesetzentwurf tun Sie das aber.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der SPD)

Das, was Sie von der FDP fordern, befördert das Sterben vieler kleiner Läden mit individuellem Charakter. Der Mittelstand wäre der große Verlierer. Wir als CSU stehen zu

unserem Mittelstand und vertreten auch dessen Interessen. Deswegen werden wir diesen Gesetzentwurf weiterhin ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Diskussion kommt öfter der Aspekt der sich verändernden Arbeitswelt – auch das wurde in den Beratungen immer wieder angeführt –; die Arbeitswelt unterliege doch gewissen Veränderungen, und man solle doch jetzt auch die Ladenöffnungszeiten anpassen – Kollegin Sandt hat gerade etwas Ähnliches angedeutet.

Natürlich ist mir bewusst, dass der klassische Nine-to-five-Job nicht mehr in jener Form wie vielleicht vor zehn, zwanzig oder dreißig Jahren existiert. Die Arbeitswelt ist vielschichtiger geworden. Trotzdem brauchen wir aus meiner Sicht die Ladenöffnungszeiten nicht zu ändern; denn was wäre der Effekt, wenn wir die Ladenöffnungszeiten ändern würden? – Der Effekt wäre nicht, dass wir diese Entwicklung in irgendeiner Form abmildern würden. Der Effekt wäre, dass der Ladenschluss ein Brandbeschleuniger für diese Entwicklung werden und das Ganze noch viel stärker ausufern würde. Die Leidtragenden wären am Ende die Beschäftigten. Für viele Beschäftigte ist eine Ladenöffnung von 0 bis 24 Uhr nicht mehr mit der Familie vereinbar und auch nicht mehr mit dem Engagement im Ehrenamt vereinbar, das wir sonst auch zu Recht immer wieder positiv hervorheben.

Wir als CSU stehen für eine familienfreundliche Politik und sind deswegen gegen eine Ladenöffnung rund um die Uhr. Es gibt – da hat Kollegin Sandt recht – auch jetzt schon Menschen, die bis in den Abend hinein arbeiten. Es gibt auch jetzt schon Menschen, die in der Gastronomie an den Abenden und an den Wochenenden arbeiten. Die Frage ist aber: Wollen wir das immer noch weiter ausweiten? Wollen wir das durch eine Lockerung des Ladenschlusses noch weiter ausweiten? Es gibt diese Arbeitsplätze. Wer in den Randzeiten arbeiten möchte, darf dies jetzt schon tun. Wir müssen das

aus meiner Sicht aber nicht auch noch ausweiten – auf dem Rücken unserer Beschäftigten, auf dem Rücken unserer Mittelständler.

(Beifall bei der CSU)

Wir können und werden uns nicht den Umsatzwünschen von einigen Konzernen beugen, sondern wir müssen kleine und mittelständische Betriebe, Arbeitnehmer in Bayern, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine und viele mehr bei solchen Entscheidungen berücksichtigen. Unsere Aufgabe ist auch der Schutz der Familie und familiärer Strukturen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir wollen die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten nicht, und eine Mehrheit der Bevölkerung möchte sie auch nicht. Es gibt eine Umfrage des Bayerischen Rundfunks vom Februar 2019 – ich habe sie bereits in der Ersten Lesung zitiert. Diese Umfrage belegt: 56 % der Befragten wollen keine Änderung der Ladenöffnungszeiten, 38 % plädieren dafür.

Interessant fand ich bei einer Berichterstattung über die Erste Lesung zu diesem Gesetzentwurf die Reaktion von Passanten, die, glaube ich, in der Fußgängerzone aufgenommen wurden. Dabei hat eine Passantin, die gefragt wurde, sinngemäß geäußert, sie fände es schon schön, wenn sie bis 21, 22 oder 23 Uhr Lebensmittel einkaufen könnte, aber zum Beispiel im Bekleidungseinzelhandel würde sie dafür plädieren, um 19 Uhr zu schließen. Darunter stand, dass die Dame im Bekleidungseinzelhandel arbeitet.

Genau das ist das Problem: Die Betroffenen wollen das nicht. Möglicherweise wollen es einige Konsumenten. Wenn Sie heute fragen: "Wollen Sie vielleicht auch abends um 22 oder 23 Uhr einkaufen gehen?", dann wird es viele von uns geben, die sagen: "Na ja, warum nicht?" Aber diejenigen, die es ausbaden müssen, diejenigen, die arbeiten müssen, wollen das mehrheitlich nicht.

(Zuruf von der AfD)

Deshalb lehnen wir als CSU diesen Gesetzentwurf nach wie vor ab. Das hat nichts mit naiv oder selbstgefällig zu tun, sondern ist ein Eintreten für den Mittelstand, für die Beschäftigten, für die Familien im Land. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult für eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Julika Sandt von der FDP-Fraktion. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Julika Sandt (FDP): Abgesehen davon, dass es nicht stimmt, dass die Betroffenen das alle nicht wollen – wenn ich einkaufe, sehe ich ständig Studenten an den Kassen, die neben ihrem Studium sehr gerne arbeiten wollen –,

(Zurufe von der SPD)

füßt Ihre gesamte Argumentation darauf, dass es zu wenig Personal gäbe und dass deswegen die Großen bevorzugt würden. Dieses Argument finde ich nicht schlüssig.

Gerade wenn ich wenig Personal habe, habe ich als kleiner, inhabergeführter Laden, als Mittelständler durch längere Ladenöffnungszeiten und mehr Freiheiten doch einen Riesenvorteil. Gerade wenn es stimmt, dass es – wie Sie sagen – wenig Personal gibt, haben die großen Ketten, die personalintensiv sind und an den Kassen mehrere Menschen brauchen, eher ein Problem, wenn sie Personal einteilen müssen. Das ist doch gerade ein Riesenargument dafür, dass lockere Ladenöffnungszeiten mittelstandsfreundlich sind.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Andreas Schalk (CSU): Das Konzept der Discounter belegt genau das Gegenteil. Wenn man sich Fachgeschäfte anschaut, stellt man fest, dass sie logischerweise wesentlich personalintensiver sind – durch mehr Qualität in der Beratung, durch mehr Service – als beispielsweise Discounter. Ich habe gerade ausgeführt, dass sich die

Discounter, die großen Ketten leichter tun werden, weil sie einfach mit weniger Personal arbeiten können. Aber gerade die Fachgeschäfte des Mittelstands, die das sind, was wir wollen – wenn wir in den Kommunen über Stadtentwicklung, über kommunale Entwicklung diskutieren, dann beschwören wir alle immer die kleinen Fachgeschäfte –, genau diese werden damit geschwächt.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. – Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Barbara Fuchs. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Beratung vom 5. Juni 2019 wurde uns unter anderem vorgeworfen, dass wir aus dem Thema Ladenschluss einen Geschlechterkampf machen würden. Tatsache ist aber einfach: In Bayern sind 70 % der 500.000 Beschäftigten im Einzelhandel Frauen. Wenn die Liberalen den Ladenbesitzerinnen und Ladenbesitzern die Möglichkeit geben wollen, ihre Läden länger zu öffnen, dann sind das zwar Möglichkeiten für die einen, aber Verpflichtungen für die anderen, weil der Dienstplan das dann einfach vorschreibt.

Die kleinen Läden, die Sie beschreiben, können es sich nicht leisten, mehr Personal einzustellen, weil der Gesamtumsatz ja nicht steigt, nur die zeitliche Verteilung ändert sich. Sie können da einfach nicht konkurrieren.

Eine weitere Tatsache ist, dass einfach eine andere Art von Arbeitsplätzen entsteht. Das zeigt sich in anderen Bundesländern mit längeren Öffnungszeiten. Dort gibt es mehr geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, mehr Teilzeitarbeit, Leiharbeit und prekäre Beschäftigungen. Das sind nicht alles Studentinnen und Studenten.

Die Zahl der Vollzeitverhältnisse mit geregelten Arbeitszeiten hat sich in diesen Bundesländern im Einzelhandel verringert. Die Arbeitsbedingungen haben sich ver-

schlechtern, vor allem für alleinerziehende Mütter und Väter. Viel wichtiger ist an dieser Stelle erst einmal eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung bis 20 Uhr. Dafür können wir uns gerne gemeinsam einsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Rahmen der Ersten Lesung, sehr geehrte Frau Sandt – ich habe es nachgelesen und habe das Protokoll auch hier, weil ich dachte, ich hätte mich vielleicht verhört –, haben Sie mich gefragt, wie es denn eigentlich mit unserem Familienbild stehe. Wir sprachen gerade vom Thema Frau. Sie haben auch gesagt, Sie seien alleinerziehende Mutter und würden sich oft sehr freuen, spätabends noch einkaufen gehen zu können. Sie haben gefragt, ob es dem Frauenbild der GRÜNEN entspreche, wenn Frauen nicht mehr einkaufen gehen könnten, nachdem sie die Kinder ins Bett gebracht hätten – aus dem Protokoll zitiert.

Das Familienbild der GRÜNEN sieht natürlich vor, dass Frauen auch einkaufen gehen können sollten; allerdings ist es nicht unser ultimativer Schwerpunkt, shoppen zu gehen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Aber Sie betonen das immer. Ich spreche eigentlich selten über Privates; denn Privates ist privat, aber einmal möchte ich sagen: Ich war in den Achtzigerjahren in Vollzeit berufstätig und auch alleinerziehend, und zwar ohne Netz und doppelten Boden. Damals hatten die Läden bis 18 Uhr geöffnet. Aber wie verbringt eine alleinerziehende Mutter denn den Abend? Sie kümmert sich noch um irgendetwas, was im Haushalt zu tun ist. Sie organisiert vielleicht den nächsten Tag oder die nächsten Tage, weil Ferien sind oder das Kind krank ist. Vielleicht schläft sie auch ein, weil sie nach einem langen Tag einfach müde ist. Aber, ganz ehrlich, in all diesen vielen Jahren ist mir nicht einmal um 9 Uhr abends eingefallen, dass ich gerne noch einkaufen gehen würde.

Dann sprachen Sie von der Zeit, wenn man die Kinder ins Bett gebracht hat. Dazu noch eine Tatsache: Eine alleinerziehende Mutter, die ihre Kinder ins Bett gebracht hat, kann gar nicht weggehen – außer sie hat sich einen Babysitter organisiert. Aber das ist ja wieder ein Sonderfall.

(Zuruf von der FDP: Wie machen das alle anderen Berufsgruppen? – Unruhe)

Dieses Argument ist also in sich nicht logisch. Wir GRÜNEN haben uns wirklich intensiv und durchaus kontrovers mit diesem Thema beschäftigt, die vorgeschlagene Ausweitung auf 0 bis 24 Uhr lehnen wir jedoch ab.

Die maximal vier anlassbezogen verkaufsoffenen Sonntage haben sich in vielen Kommunen bewährt und sollten deshalb gesetzlich abgesichert werden, damit Kommunen und Betriebe Planungssicherheit haben. Eine Ausweitung auf sechs Sonntage lehnen wir ab.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass wir GRÜNEN den vorliegenden Gesetzentwurf ablehnen. In anderen Bundesländern wurde durch eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten weder mehr Umsatz erwirtschaftet noch das Online-Shopping-Angebot vermindert.

Wir wollen keine weitere Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse im Einzelhandel. Vielmehr wollen wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Martin Hagen von der FDP-Fraktion vor. Herr Abgeordneter, Sie haben Wort.

Martin Hagen (FDP): Frau Kollegin Fuchs, Sie haben von der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse durch längere gesetzliche Öffnungszeiten gesprochen, wie wir sie in anderen Bundesländern haben. Nun regiert Ihre Partei in einigen dieser anderen Bun-

desländer mit; in Baden-Württemberg stellen Sie sogar den Ministerpräsidenten. Dort haben Sie eine Regelung, die der Regelung, die wir heute vorschlagen, sehr ähnlich ist.

Haben Sie als grüne Partei in irgendeinem dieser Bundesländer jemals beantragt, die Ladenschlusszeiten wieder auf 20 Uhr zurückzudrehen? Falls nein – ich konnte keinen solchen Antrag von Ihnen finden –: Warum ticken die GRÜNEN in anderen Bundesländern so vollkommen anders als die GRÜNEN in Bayern?

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Hagen, wenn Sie genau zugehört haben, haben Sie vielleicht gehört, dass ich gesagt habe, dass wir – erstens – durchaus kontrovers diskutiert haben und – zweitens – diese Regelung von 0 bis 24 Uhr an sieben Tagen in der Woche ablehnen.

(Martin Hagen (FDP): Das ist nicht beantragt! Sechs Tage!)

– Sechs Tage, Entschuldigung.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir haben also kontrovers diskutiert. Natürlich gibt es vielleicht irgendwann irgendein Fenster für Debatten, das mag wohl sein. Ich habe ja auch ehrlich gesagt, dass wir kontrovers diskutiert haben. Aber eine Öffnung von 0 bis 24 Uhr an sechs Tagen die Woche und an sechs Sonntagen, das ist definitiv nicht unser Weg. Deswegen lehnen wir das ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER ist Herr Abgeordneter Johann Häusler. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr stellvertretender Ministerpräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der FDP-Fraktion soll signifikante Erweiterungen der Ladenöffnungszeiten ermöglichen, das heißt an Werktagen eine durchgängige Öffnungszeit von 0 bis 24 Uhr und die Ausweitung von vier auf sechs Sonntage im Jahresablauf, jeweils anlassbezogen. Das beinhaltet der jetzige Gesetzentwurf für ein Bayerisches Ladenöffnungszeitengesetz.

Wir in Bayern haben als Rechtsgrundlage das Bundesladenschlussgesetz, das für uns im Wesentlichen auch funktioniert, und haben deswegen bisher auch keine Veranlassung gehabt, etwas zu ändern. Die anderen 15 Bundesländer haben aufgrund der Länderöffnungsklausel eigene Ladenschlussgesetze, in deren Folge sich aber nicht das widerspiegelt, was uns von der Kollegin der FDP erklärt wurde.

Wir FREIEN WÄHLER – das sage ich ganz deutlich – verweigern keineswegs eine gewisse Liberalisierung. Wir stehen flexiblen Arbeitszeiten grundsätzlich offen gegenüber, soweit sie zu keiner Ausweitung führen, solange sie – das ist für uns prioritär – die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im positiven Sinne beeinflussen und soweit sie sowohl den Interessen der Beschäftigten als auch den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Betriebe dienen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Gesetzentwurf der Freien Demokraten widerspricht genau diesem Anspruch. Die Ladenöffnungszeiten würden sich um bis zu 60 Wochenstunden erhöhen. Kleine familiengeführte Betriebe können das nicht, aber Große, Ketten, Filialisten, Discounter, können dies – wir haben es vorhin schon gehört – aufgrund der höheren Effizienz des Arbeitseinsatzes leisten. Das würde wesentliche Wettbewerbsverzerrungen zur Folge haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich glaube auch, wir können es unseren mittelständischen Familienbetrieben nicht zumuten, die Ladenöffnungszeiten zulasten der Familie zu erweitern. Wir haben auch einen sozialpolitischen Auftrag, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Mittelstandsgefährdende gesetzliche Regelungen lehnen wir FREIEN WÄHLER grundsätzlich ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nicht nur wir, sondern auch die Mehrheit der Bevölkerung und eine erdrückende Mehrheit der Handwerksbetriebe und der Ladeninhaber, nämlich über 80 %, stellen sich konsequent gegen diese längeren, durchgängigen Ladenöffnungszeiten.

Das sind auch genau die Erfahrungen aus den anderen Bundesländern. Es entstehen keine zusätzlichen Umsätze, sondern es kommt zu Umsatzverlagerungen. Allerdings entstehen Kostenmehrungen und ein verstärkter Druck auf den Arbeitsmarkt bzw. auf die Fachkräfte. Letztlich – das sollte jedem klar sein – können die Menschen auch bei längeren Öffnungszeiten nicht mehr einkaufen, weil sie das Geld dazu gar nicht haben. Es ist auch eine Frage der Zumutbarkeit, wenn eine Verkäuferin nachts um 24 Uhr noch tätig sein soll. Das entspricht nicht unserem Weltbild, und das wollen wir so nicht mittragen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch zwei weitere Sonntagsöffnungen entsprechen nicht unbedingt unserem Familienbild. Die Familienfreundlichkeit soll Platz in unserer Gesellschaft haben. Bezüglich der Anlassbezogenheit sollten wir uns tatsächlich noch Gedanken machen, um sie noch besser und genauer zu definieren und so gleichmäßige Vollzüge zu gewährleisten.

Die weitgehende Freistellung der Öffnungszeiten rund um die Uhr hat auch gravierende Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit und die Chancengleichheit, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP. Es ist logisch, dass urbane Zentren durchaus at-

traktive Angebote hieraus ableiten könnten. Aber in der Fläche, im ländlichen Raum, führt das zu erheblichen Wettbewerbsbenachteiligungen, es führt zum Ausbluten unserer Kleinstbetriebe und zu einer Verstärkung der Versorgungsproblematik.

Als Fazit bleibt nur zu sagen: Diesen Antrag werden wir gemeinsam ablehnen. Ich denke, wir sind derzeit richtig aufgestellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, der Herr Abgeordnete Matthias Fischbach hat sich für die FDP-Fraktion zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Gerne.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Häusler, wie können Sie diese Position eigentlich mit dem Grundsatz "Leben und leben lassen" vereinbaren? – Sie haben die anderen Bundesländer angesprochen. Also gehen wir einmal über die Grenze. Ich habe zum Beispiel in Baden-Württemberg studiert und wollte beim Lernen nicht um sieben Uhr den Stift fallen lassen, schon gar nicht vor den Klausuren.

(Unruhe – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Nach dem Einkaufen lernen!)

Ich habe es genossen, dass ich auch einmal länger lernen und danach einkaufen konnte, was nötig war.

Danach war ich für verschiedene Projekte in Hessen tätig, bei denen ich keinen Nine-to-five-Job hatte und auch schon mal nach acht Uhr nach Hause gekommen bin und auf dem Heimweg einkaufen gehen musste.

Warum eröffnen Sie uns nicht auch hier in Bayern mehr Lebensqualität? Warum wollen Sie solche Prinzipien hier nicht durchsetzen?

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Alltagskompetenz bei der Bedarfsplanung!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Häusler, Sie haben das Wort.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Fischbach, das lässt sich relativ einfach beantworten. Wer innerhalb von 14 Stunden am Tag nicht in der Lage ist, seinen Grundbedarf zu sichern, der wird es auch in 24 Stunden nicht schaffen.

(Starker Beifall von den FREIEN WÄHLER, der CSU und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Uli Henkel. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Sehr verehrtes Präsidium, geschätzte Kollegen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Regelung der Ladenöffnungszeiten serviert uns die FDP heute einen echten Klassiker aus der Küche liberaler Wirtschaftspolitik. Der Terminus "Regelung" – das sei für den des FDP-Sprechs nicht Mächtigen vorausgeschickt – ist linguistisch zwar mit dem gleichnamigen deutschen Begriff verwandt, muss aber in Wahrheit mit "Deregulierung" übersetzt werden; denn, von einigen Einschränkungen für Sonn- und Feiertage abgesehen, soll der gesetzliche Ladenschluss, wenn es nach der FDP geht, nun auch in Bayern Geschichte sein.

Tatsächlich beschränken neben Bayern nur noch drei andere Bundesländer die Ladenöffnungszeiten, und zu Recht weist man bei der FDP auch darauf hin, dass alleine die Bayern noch immer den bundeseinheitlichen Regelungen aus dem Jahr 2003 unterliegen. Haben wir in Bayern also etwa den Absprung verpasst, gar die Zeichen der Zeit nicht verstanden? Gibt es wirklich eine dringend zu füllende Regelungslücke? Gefährdet Bayern in Zeiten eines immer dominanter werdenden Online-Verkaufs durch seine Untätigkeit das Überleben seines stationären Einzelhandels? Oder aber bewahrt man so vielleicht nicht doch eher die bayerischen Arbeitnehmer vor katastrophalen

Auswirkungen für ihre Gesundheit und für ihr Familienleben, wie andere Parteien wiederum meinen?

So schillernd die Fragen wie auch die Befürchtungen sind, so grau sind die Fakten in der Realität; denn Studien kommen ernüchternd zu dem Ergebnis, dass die Deregulierung der Ladenöffnungszeiten nur mit recht bescheidenen ökonomischen Effekten einhergeht.

(Beifall bei der AfD)

Stellenzuwächse im Einzelhandel werden mit 5 % quantifiziert, das aber ganz überwiegend nur bei Teilzeitbeschäftigten sowie bei größeren Marktteilnehmern. Kritiker seitens der Gewerkschaften dürften sich in dieser Hinsicht also bestätigt fühlen, wenn gleich umgekehrt zumindest auch keine negativen Effekte auf kleinere Geschäfte konstatiert werden müssen.

Sind die Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation also zumindest vorsichtig positiv zu bewerten, so kann dies bezüglich der Umsätze leider absolut nicht gesagt werden. Ein jeder, der in der Verlängerung der Ladenöffnungszeiten also eine Wunderwaffe im Kampf gegen den Online-Handel sieht, wird insoweit wohl enttäuscht werden. Im besten Falle dürfen Unternehmen auf marginale zusätzliche Gewinne hoffen, im schlechtesten Falle fressen die Kosten das bescheidene Umsatzwachstum gleich wieder auf. – So das ernüchternde Ergebnis einer Studie der Credit Suisse aus dem Jahr 2014, ein Befund, der übrigens auch vom HDE bestätigt wird.

Fazit: Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten handelt es sich also weitestgehend um Placebo-Politik. Aus Verbraucherperspektive steht hier allerdings gänzlich außer Frage, dass längere Öffnungszeiten einen deutlichen Flexibilitätsgewinn für den Konsumenten mit sich brächten und gerade von jüngeren Berufstätigen explizit gewünscht werden, wobei zur Wahrheit aber auch gehört, dass die Bayern zumindest einer Lockerung der Öffnungszeiten an etlichen Sonn- und Feiertagen, wie sie im FDP-Ge-

setzentwurf insinuiert wird, mehrheitlich ablehnend gegenüberstehen, was erst kürzlich wieder von einer Umfrage des Civey-Instituts bestätigt wurde.

Ich komme zum Schluss. Mit Blick auf die ernst zu nehmenden negativen familiären Auswirkungen sowie die teils doch recht schwammigen Formulierungen des geplanten Gesetzes lehnt die AfD den vorliegenden Gesetzentwurf der FDP, der vielleicht liberal, aber nicht uneingeschränkt vernünftig ist, heute ab.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Michael Busch. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Michael Busch (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Ersten Lesung im Plenum sowie in den Ausschüssen wirklich alle Argumente ausgetauscht. Wie wir auch heute vernommen haben, sind nahezu alle in diesem Haus gegen die von der FDP vorgeschlagene Gesetzesänderung.

Liebe Kollegin und liebe Kollegen der FDP, wir stehen wahrlich vor vielen Herausforderungen. Ich sage es einmal ziemlich platt: Was wir überhaupt nicht brauchen und wofür es keinen Bedarf gibt, ist ein Gesetz, dass wir rund um die Uhr einkaufen können. Das brauchen wir nicht!

(Beifall bei der SPD)

Um die Bedeutung und die Tragweite Ihres Gesetzentwurfs auch aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten, möchte ich auf "Fridays for Future" und die Klimadiskussion Bezug nehmen; das ist ein Aspekt, der nicht verlorengelassen darf: Wollen wir wirklich, dass bei gleichem Umsatz und gleicher Zahl an Käuferinnen und Käufern rund um die Uhr alle Rolltreppen, alle Lichter und alle Lüftungen laufen? – Es kann doch nicht Ihr Ernst sein, dass Sie das genau in dieser Phase einfordern.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abgeordneten Julika Sandt (FDP))

Noch etwas: Wir haben auch Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Betriebe; die SPD sieht sich jedenfalls in dieser Verantwortung. Denn machen wir uns nichts vor: Wir haben vorhin gehört, dass in erster Linie der Mittelstand leiden würde. Das ist unbestritten. Hinzu kommt, dass der Mittelstand auch viele Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Wenn der Wettbewerb so weit ginge, dass der kleine oder mittelständische Betrieb rund um die Uhr, zumindest wesentlich länger, öffnen müsste, dann würde sich der kleine Unternehmer oder der Inhaber eines mittelständischen Handelsbetriebs überlegen, ob er noch ausbildet oder ob er mehr Arbeitsplätze im Bereich der prekären Beschäftigung schafft. Letzteres lehnen wir ab, das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Frau Sandt, nur eine kleine Anmerkung: Seien Sie mir nicht böse, aber ich möchte nicht mehr einkaufen, nachdem ich um halb zwei Uhr nachts aus diesem Saal gegangen bin. Ich will niemandem zumuten, dass er wegen mir noch im Laden bleiben muss. Ich würde eher vorschlagen, dass wir hier früher aufhören; dann können wir nämlich auch vernünftig einkaufen gehen.

Wir sind auch gegen die Erweiterung der Sonntagsöffnungszeiten, weil wir glauben, dass der Sonntag weiterhin als Ruhepunkt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelten muss. Auch wir sehen die Notwendigkeit – Kollege Häusler hat schon darauf hingewiesen –, dass wir mehr für Beruf und Familie und mehr für gesundes Arbeiten tun, statt jetzt die Arbeitszeiten zu verlängern.

(Beifall bei der SPD)

Ich fasse zusammen: Diese Gesetzesänderung – –

(Julika Sandt (FDP): Wir verlängern keine Arbeitszeiten! Keine Arbeitszeit wird länger!)

– Ich nehme den Zwischenruf gern auf: Natürlich muss ich die Arbeitszeiten verlängern, wenn ich länger öffnen will. Ich kann es nicht mit demselben Personal tun.

(Julika Sandt (FDP): Es werden mehr Leute eingestellt!)

Wir haben es vorhin gehört: Frau Sandt, Sie glauben anscheinend wirklich, der Inhaber eines mittelständischen Einzelhandelsbetriebs werde sich selbst nachts um 24 Uhr noch hinstellen und bedienen, obwohl er früh um sechs Uhr wieder da sein muss. Das wird nicht eintreten.

Ihren Gesetzentwurf brauchen wir nicht. Er ist eine Verlagerung vom Land in die Stadt.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Er ist auch eine Verlagerung zulasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der kleinen Betriebe. Er ist ökologisch und ökonomisch nicht sinnvoll. Deshalb lehnt die SPD-Fraktion diesen Gesetzentwurf nach wie vor ab.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Letzter Redner ist für die FDP der Fraktionsvorsitzende Martin Hagen. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit 13 Jahren ist der Ladenschluss Ländersache, und Bayern hat als einziges Land immer noch kein eigenes Ladenschlussgesetz. Diesem Defizit hätten wir heute Abhilfe schaffen können. Leider sind alle Fraktionen – bis auf die FDP – nach wie vor der Meinung, wir bräuchten kein eigenes Ladenschlussgesetz in Bayern. Das ist schade.

(Andreas Schalk (CSU): Wir wollen nicht dieses Gesetz!)

Ihre Ablehnung bedeutet auch eine verpasste Chance; denn Bayern wird Schlusslicht bleiben. Das ist wirklich schade, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der CSU: Oh!)

Dass die AfD unseren Gesetzentwurf ablehnt – in Ordnung.

Besonders enttäuscht bin ich von der SPD, weil diese Partei – man glaubt es kaum, wenn man sich die Umfragezahlen anschaut – Stand heute noch in sieben Bundesländern den Ministerpräsidenten stellt. Alle sieben Bundesländer haben ein liberaleres Ladenschlussrecht als Bayern. In keinem dieser Länder hat sich die SPD darange-macht, die Liberalisierung der Ladenöffnung zurückzudrehen. Sie hier in Bayern sind wieder altbackener als alle Ihre Kollegen.

(Beifall bei der FDP – Katharina Schulze (GRÜNE): Bis 22 Uhr, nicht bis 24 Uhr!)

– Sie haben nachher die Möglichkeit zur Intervention, Frau Kollegin.

Ich bin auch enttäuscht von den GRÜNEN.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Danke, Herr Präsident, für die Unterstützung. – Die GRÜNEN gerieren sich ja wahn-sinnig gern als moderne Großstadtpartei. Hier und heute zeigen Sie wieder einmal Ihr altbackenes Gesicht.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Enttäuscht können wir auch von der CSU sein.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Martin Hagen (FDP): Denn die CSU war schon einmal weiter. Die Abstimmung über diese Frage in der CSU-Fraktion im Jahr 2003 ergab ein Patt. Die Hälfte der Fraktion war damals der Meinung war, wir bräuchten ein liberales Gesetz.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Es gibt noch die Möglichkeit, auf eine Intervention zu reagieren.

Martin Hagen (FDP): Diesen Mitgliedern Ihrer eigenen Fraktion werfen Sie jetzt Mittelstandsfeindlichkeit vor?

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Uns liegt eine Intervention des Abgeordneten Swoboda vor.

(Unruhe)

Sie bekommen eine Minute "Nachspielzeit", sobald es im Haus etwas ruhiger geworden ist und der Abgeordnete Swoboda seine Intervention vorgebracht hat.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Lieber Herr Hagen, Sie sind ja als Fraktionsführer so etwas wie der liberale Pate hier im Landtag. Heute sind Sie aber gar nicht begeistert von dieser neuen Liberalitas in Bayern. Es kommt ja zu einer Verkürzung der Ladenschlusszeiten und dabei zu einer Liberalisierung für die Betriebsführung und die Festlegung der Ladenöffnungszeiten im Einzelfall des Unternehmens. Ich finde, das ist doch ein Fortschritt an Liberalität. Dem kann man doch eigentlich nur zustimmen, es sei denn, man macht Kritik zum Motto seines politischen Daseins. Neulich haben Sie Herrn Aiwanger so arg kritisiert; heute kritisieren Sie die CSU. Woran kann man sich bei Ihnen denn so orientieren bei Ihrer liberalen Haltung?

Martin Hagen (FDP): Herr Kollege Swoboda, ich danke Ihnen für Ihre Frage. Ich habe sie zwar nicht verstanden;

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

aber sie gibt mir eine weitere Minute Zeit. Diese Minute kann ich nutzen, um abschließend zu erklären, warum ich nicht nur von der SPD, den GRÜNEN und der CSU, sondern auch von den FREIEN WÄHLERN enttäuscht bin.

(Heiterkeit des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

– Sie hätten es vermisst, Herr Kollege Mehring, wenn ich es nicht gesagt hätte. – Der von den FREIEN WÄHLERN gestellte Wirtschaftsminister und Stellvertretende Ministerpräsident hat sich in diesem Jahr ebenfalls für eine Liberalisierung des Ladenschlussrechts, auch für verkaufsoffene Sonntage, in Bayern stark gemacht. Leider lassen auch Sie die Gelegenheit verstreichen, heute entsprechend abzustimmen. Schade! – Wir bleiben an dem Thema dran.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Hagen. – Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen stehen an den Eingangstüren und auf dem Stenografentisch bereit. Sie kennen das Prozedere. Für die Stimmabgabe stehen fünf Minuten zur Verfügung – ab jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 16:47 bis 16:52 Uhr)

Die Abstimmung ist hiermit geschlossen. Das Ergebnis wird später bekannt gegeben. Ich möchte Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. Meine Damen und Herren, Sie können sich gerne Zeit lassen beim Platznehmen, außer Sie haben ein Interesse daran, pünktlich zum Parlamentarischen Abend zu gelangen.

Meine Damen und Herren, wir haben 7 Minuten vor 17 Uhr. Wenn wir den nächsten Tagesordnungspunkt 4 aufrufen, würden wir das definierte Ende der heutigen Sitzung verfehlen. Deshalb werden wir den Tagesordnungspunkt 4 morgen nach der Ersten Lesung des Haushaltsgesetzes aufrufen.

(...)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Meine Damen und Herren, ich verkünde noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann und anderer und Fraktion (FDP) zur Regelung der Ladenöffnungszeiten im Freistaat Bayern – Bayerisches Ladenöffnungszeitengesetz – auf Drucksache 18/1823. Mit Ja haben 12 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 175 Abgeordnete. Bei 4 Stimmenthaltungen ist der Gesetzentwurf damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2019 zu Tagesordnungspunkt 3: Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion FDP zur Regelung der Ladenöffnungszeiten im Freistaat Bayern (Bayerisches Ladenöffnungszeitengesetz - BayLözG) (Drucksache 18/1823)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adje Benjamin		X		Fehlner Martina		X	
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias	X		
Aiwanger Hubert		X		Flierl Alexander		X	
Arnold Horst				Flisek Christian		X	
Aures Inge		X		Franke Anne			
				Freller Karl		X	
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick		X	
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus				Ganserer Markus (Tessa)			X
Becher Johannes		X		Gehring Thomas		X	
Becker Barbara		X		Gerlach Judith		X	
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin		X		Gottstein Eva		X	
Bozoglu Cemal		X		Graupner Richard		X	
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald		X	
von Brunn Florian		X		Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus		X					
Busch Michael		X		Häusler Johann		X	
				Hagen Martin	X		
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Dr. Cyron Anne		X		Halbleib Volkmar		X	
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian		X		Hartmann Ludwig		X	
Demirel Gülseren		X		Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex		X		Haubrich Christina		X	
Dremel Holger		X		Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert	X			Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim		X	
Ebner-Steiner Katrin		X		Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard				Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra		X	
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			X
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef		X	
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	12	175	4